

Sparkassen

Zeitung



Nummer 3 | März 2011 | 97. Jahrgang

„Mit Qualität zurück auf die Wachstumsspur“

Die Jahresbilanz der österreichischen Sparkassen



Thomas Uher, Alois Hohegger, Michael Ikrath und Pressesprecherin Nina Hoppe bei der Bilanzpressekonferenz.

Milan Frühbauer

Verbesserung der Ertragslage, dynamische Kreditausweitung, Einlagenzuwachs über dem Marktrend und eine mehr als respektable „Sozialbilanz“: Das sind die Eckdaten des Sparkassenjahres 2010 in Österreich. Doch steuerliche Maßnahmen bedrohen den künftigen Handlungsspielraum.

„Mit kontinuierlicher Verbesserung der Qualität haben die österreichischen Sparkassen die Krise leichter und rascher überwunden als andere. Mit einem Einlagenzuwachs, der über der Marktentwicklung liegt, und mit einer signifikanten Ertragsverbesserung ist die Rückkehr auf die alte Wachstumsspur gelungen“, betonte Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank der österreichischen Sparkassen bei der Präsentation

der Jahresergebnisse 2010. Auf historisch niedrigem Zinsniveau sei ein Anspringen der realwirtschaftlichen Konjunktur erkennbar. Die Kreditnachfrage ist gestiegen, das Wertpapiergeschäft springt wieder an. Erfreulicherweise konnte die Risikovorsorge auf das Niveau vor der weltweiten Finanzkrise zurückgeführt werden, was sich – zusammen mit stringentem Kostenmanagement – günstig auf die Ertragslage auswirkt.

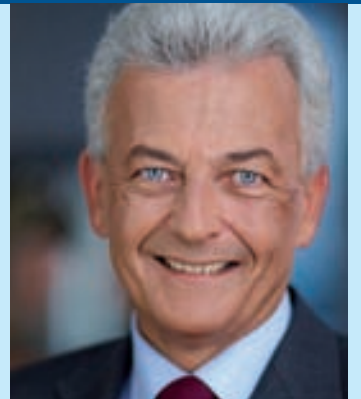
Während sich die Liquiditätssituation und das Börseschehen nach der Krise des Jahres 2009 spürbar entspannt hätten, gebe es für die Sparkassen ein unsicheres regulatorisches Umfeld. Hier nannte Uher die Bankensteuer, die Kursgewinnsteuer mit ihrem gigantischen administrativem Aufwand sowie die Neuordnung der Einlagensicherung und das Regelwerk Basel III.

Jahresüberschuss deutlich verbessert

Die 53 österreichischen Sparkassen (inklusive Erste Bank Oesterreich und Zweite Sparkasse, aber exklusive Erste Group Bank AG) konnten den vorläufigen Jahresüberschuss nach Steuern von 209,0 auf 240,0 Mio. Euro steigern (+14,8 Prozent). Verantwortlich dafür waren das wachsende Kundengeschäft (plus 61.500 Kunden), das relativ stabile Zins- und das steigende Provisionsgeschäft sowie nachhaltiges Kostenbewusstsein. Die Kreditvorsorgen sanken um 16,4 Prozent auf 360 Mio. Euro und damit auf „Vorkrisenniveau“. Insgesamt haben Erste Bank und Sparkassen im vergangenen Jahr 7,8 Mrd. Euro an frischen Krediten vergeben, auch schon bestehende Krediten an Kunden sind um 4 Prozent auf 54,4 Mrd. Euro leicht über dem Markt gewachsen. Einen starken Anstieg erfuhr das Privatkundenkreditgeschäft mit einem

MEINE MEINUNG

Schwere Geburt



Michael Ikrath
Generalsekretär
des Sparkassenverbandes

Es war diesmal besonders mühsam: Nach überdurchschnittlich langen und wahrlich zähen Verhandlungen konnte erst in der fünften Verhandlungsrunde eine Einigung über die Erhöhung der Schemagehälter in der Kreditwirtschaft erzielt werden. Die Gespräche standen mehrmals am Rande des endgültigen Abbruchs. Das Ergebnis ist bekannt, die Anhebung beträgt für das sogenannte Referenzgehalt 2,26 Prozent.

Enttäuschend war aus Sparkassensicht während der gesamten Dauer der Verhandlungen die Unbekümmertheit, mit der sich die Vertreter der Gewerkschaft der Privatangestellten über die Belastungen der österreichischen Kreditwirtschaft insgesamt sowie jene der Sparkassengruppe im Besonderen hinweg gesetzt haben. Wir haben in diesem Jahr die Last der Bankensteuer zu tragen, die allein bei den österreichischen Sparkassen einen zusätzlichen Steueraufwand von rund 140 Mio. Euro verursacht. Dazu gesellen sich zu erwartende Mehrkosten aus der Einlagensicherung auf europäischer Ebene, verschärfte Eigenkapitalvorschriften unter dem Titel Basel III sowie – wenn die Verfassungsrichter nicht ihr Veto einlegen – beträchtlicher Zusatzaufwand zur technischen Administration der unseligen Kursgewinnbesteuerung.

Es grenzt daher meiner Meinung nach an Realitätsverweigerung, wenn Gewerkschaftsvertreter diesen beachtlichen Rucksack an finanzieller Zusatzbelastung auf Arbeitgeberseite einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Zumal in Österreich – vielleicht

im Gegensatz zu anderen Ländern – die Zinsspanne unter steigendem Wettbewerbsdruck steht. Wir stehen vor einem strukturellen Problem, an dem auch die künftigen Lohnrunden bzw. Kollektivvertragsverhandlungen nicht vorbeikommen werden. Werden nämlich Zusatzbelastungen, die aus der Erhöhung von Steuern und Abgaben der öffentlichen Hand resultieren, in die Gehaltsabschlüsse auf Arbeitnehmerseite „eingerechnet“, auf Unternehmensseite jedoch negiert, dann ist das der sichere Weg in zwei Fehlentwicklungen: Zum einen steigt solcherart die Inflationsrate an, zum anderen schwächt man Ertragslage, Investitionskraft und somit generell die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.

Diese Zusammenhänge gelten selbstverständlich auch für die Kreditwirtschaft. Hierzulande verschärft durch die Tatsache, dass die Ertragskeule Bankensteuer fast ausschließlich Kundenbanken wie die Erste Bank und die Sparkassen trifft, welche die Realwirtschaft finanzieren und die keineswegs zu den Verursachern der Finanzkrise zählen. Deshalb hat diese Steuer – entgegen anderslautenden politischen Behauptungen – auch keinerlei Lenkungseffekt zur Vermeidung hochriskanter Geschäfte. Denn diese wurden und werden nach wie vor woanders betrieben ...

EUROPA



Kein Sensorium für Risiken?

Josef Christl zum europäischen Einlagensystem

Seite 3

SPARKASSEN



Bonitätsanalyse auf elektronisch

Franz Brenner stellt eine neue Sparkassen-Dienstleistung vor

Seite 4

EUROPA



„Wir denken strikt sektorneutral.“

Interview mit Elemer Tertak, Direktor in der EU-Kommission

Seite 7

SPARKASSEN JAHRESABSCHLÜSSE

Steiermärkische Sparkasse

Die Steiermärkische Sparkasse hat im Geschäftsjahr 2010 ihr Konzern-Betriebsergebnis von 182 auf 190 Mio. Euro verbessert und den Jahresüberschuss fast verdoppelt. Die Bilanzsumme wurde – nach einem Rückgang im Vorjahr – wieder um 3,3 Prozent auf 14,1 Mrd. Euro gesteigert. Damit konnte die Steiermärkische Sparkasse ihre Position als führendes Kreditinstitut im Süden Österreichs festigen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte man rund 100.000 Neukunden gewinnen, vor allem in Südosteuropa.

Salzburger Sparkasse

Die Salzburger Sparkasse konnte sowohl im Einlagen- als auch im Kreditgeschäft stärker wachsen als der Markt. Das Kreditvolumen stieg auf 2,97 Mrd. Euro (plus 5,2 Prozent). Bei den Privatkrediten legte die Sparkasse um 7,4 Prozent zu, der Markt lag bei plus 5,5 Prozent. „Dieses Wachstum ist zum Großteil Wohnbaukrediten zu verdanken“, sagt Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka. Das Betriebsergebnis stieg um 19 Prozent auf 36,9 Mio. Euro, der Jahresüberschuss um 70 Prozent auf 13,6 Mio. Euro.

Kärntner Sparkasse



Der neue Vorstand: Siegfried Huber, Gabriele Semmelrock-Werzer, Alois Hohegger und Gernot Schmerlaib

Die Kärntner Sparkasse hat im Jahr 2010 einen Jahresüberschuss nach Steuern von 5,9 Mio. Euro erwirtschaftet. Das Betriebsergebnis wurde gegenüber 2009 deutlich verbessert. Probleme gibt es noch in Slowenien, wo die Bauwirtschaft unter der Krise leidet. Für das heurige Jahr erwartet Vorstandsvorsitzender Alois Hohegger eine Verdoppelung des Gewinns. Mit Gabriele Semmelrock-Werzer zieht erstmals in der Geschichte der Kärntner Sparkasse eine Frau in die Vorstandsetage ein. Sie ergänzt zusammen mit Siegfried Huber das bestehende Team.

Tiroler Sparkasse



Der neue Vorstand der Tiroler Sparkasse: Karl Obernosterer, Hans Unterdorfer und Wolfgang Hechenberger

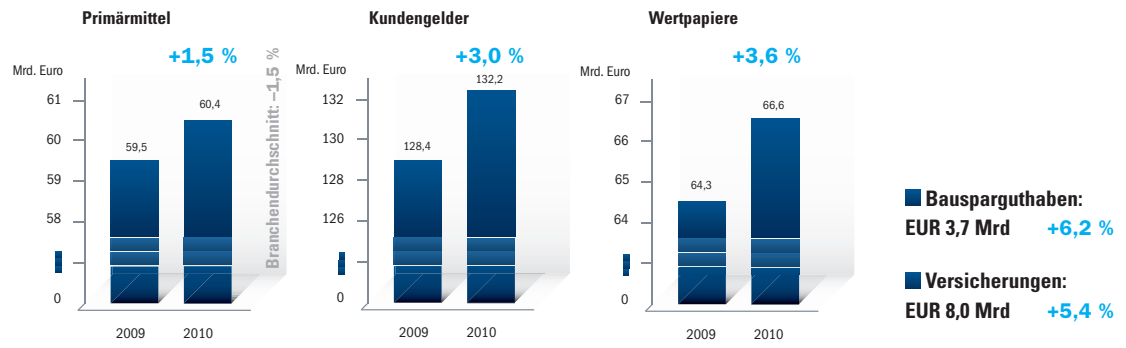
Der neue Vorstandsvorsitzende der Tiroler Sparkasse, Hans Unterdorfer, hat ein Institut übernommen, das im vergangenen Jahr seinen operativen Gewinn um 22 Prozent auf 11,6 Mio. Euro und den Jahresüberschuss um 33 Prozent auf 5,7 Mio. Euro gesteigert hat. Derzeit betreut die Tiroler Sparkasse 127.500 Kunden, geplant ist eine Steigerung um etwa 10 Prozent auf 140.000. Dass das schwierig wird, ist bekannt: Tirol ist als Marktplatz heiß umkämpft und hat die geringste Zinsmarge aller Bundesländer.

Vorarlberger Sparkassen

Die Vorarlberger Sparkassen haben im vergangenen Jahr mehr als 10.000 neue Kunden gewinnen können. Die Bilanzsumme überschritt erstmals die Fünf-Millionen-Euro-Marke. Das Betriebsergebnis konnte um 17 Prozent auf 47 Mio. Euro gesteigert werden. „Die verwalteten Kundengelder sind um über 4 Prozent gestiegen. Bei den Wertpapierdepots war das Wachstum stärker als bei den klassischen Spareinlagen“, sagte der Sprecher der fünf Sparkassen, Werner Böhler. Starke Zuwächse gab es auch Krediten. Hier war ein Wachstum von fast 12 Prozent zu verzeichnen.

Jahresergebnis 2010 der Sparkassen

Sparen, Vorsorgen, Anlegen



Zuwachs von fast 15 Prozent. „Das anziehende Wertpapiergeschäft zeigt, dass die Anleger wieder vorsichtig nach höheren Renditemöglichkeiten suchen. Die gesetzlich beschlossene Kursgewinnsteuer könnte sich allerdings zur Kursgewinnbremse entwickeln“, unterstrich Uher. Der Nettozins ertrag, das ist im Wesentlichen der Ertrag aus dem Spar- und Kreditgeschäft, ist im Gegensatz zu Investmentbanken die Haupteinnahmequelle einer Sparkasse. Er ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent auf 1.196 Mio. Euro gestiegen. Die Zinsspanne hat sich leicht um 4 Basispunkte auf 1,60 Prozent verbessert.

Das Betriebsergebnis ist um 7,0 Prozent auf 801,1 Mio. Euro gestiegen. Gesunken sind die Wertberichtigungen für Ausleihungen, Wertpapiere und Beteiligungen, und zwar von 427,1 auf 409,9 Mio. Euro. Das ist vor allem auf die geringeren Kreditrisikoversorgen zurückzuführen. Sie sind von 419 auf 360 Mio. Euro zurückgegangen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) ist um 21,5 Prozent auf 391,3 Mio. Euro gestiegen. Der Jahresüberschuss nach Steuern für 2010 konnte von 209,0 um 14,8 Prozent auf 240,0 Mio. Euro verbessert werden. Die Bilanzsumme der 53 österreichischen Sparkassen hat sich um 2,3 Prozent auf 85,4 Mrd. Euro verringert. Das liegt vor allem an der gezielten Reduktion von Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 16,5 Prozent auf 14,1 Mrd. Euro. Die gesamten Primärmittel sind im Jahresvergleich hingegen um 1,5 Prozent auf insgesamt 60,4 Mrd. Euro gewachsen. Zum Vergleich: Die Primärmittel der Branche sind insgesamt um 1,5 Prozent gesunken. Ursache des Anstiegs bei Erste Bank und Sparkassen war vor allem der Anstieg bei Sicht- und Termineinlagen. Die Spareinlagen gingen leicht zugunsten des Wertpapiergeschäfts zurück. Auch hierin ist ein Indikator für die zunehmende Normalisierung des Anlegerverhaltens nach der Krise zu sehen.

„Liefere eine respektable Sozialbilanz ab“

Die heimischen Sparkassen sind bestrebt, nicht nur einen Teil ihrer Er-

träge im Rahmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, sondern auch ihr bankwissenschaftliches Know-how der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. „Es ist erfreulich, dass unsere alten Aufgaben Gemeinwohlorientierung und Wirtschaftserziehung nun unter den Begriffen Corporate Social Responsibility und Financial Literacy auch international zunehmend Anerkennung erhalten“, meinte der Präsident des Sparkassenverbandes, Alois Hohegger, anlässlich der Bilanzpräsentation.

Der Sparkassenverband gibt seit einigen Jahren auch eine Zusammenfassung gemeinwohlorientierten Aufgaben der Sparkassen in Form einer Sozialbilanz heraus. Dort sind nicht nur jene 23,6 Mio. Euro, die für die einzelnen Projekte verwendet werden, nach Bereichen wie Soziales, Kultur, Jugend und Sport aufgliedert, sondern auch die Kooperationen mit anderen Netzwerken dargestellt. Dazu Hohegger: „Wir liefern auch diesmal wieder eine respektable Sozialbilanz unserer Gruppe ab und 10 Prozent unseres Jahresüberschusses gemeinnützig verwendet.“ Einer der Schwerpunkte der Sparkassenarbeit in den nächsten Monaten und Jahren wird ein Beitrag zur Verbesserung der Finanzbildung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend sein. In der unsicheren Zeit der Krisenjahre, aber auch motiviert durch das Ausbleiben der Antworten der Politik auf viele Fragen der Jugendlichen von heute, suchen diese Ansprechpartner in der Gesellschaft, die ihnen Respekt entgegenbringen, Sicherheit anbieten und Wohlstand schaffen helfen. Die Sparkassengruppe ist eine Finanzgruppe, die nicht nur Produkte verkauft, sondern auch mit der Jugend verantwortungsvoll umgeht. Sie reinvestiert Teile ihres Ertrags in Projekte der Financial Literacy, die sich speziell mit jugendlichen Zielgruppen beschäftigen. Der Österreichische Sparkassenverband ist der Meinung, dass ein Erlass der Bundesministerien für Unterricht bezüglich stärkerer Verankerung der Finanzbildung im Wirtschaftskundeunterricht ebenso für die Verbesserung des Finanzwissens der Jugend förderlich wäre wie die Einbeziehung der Fi-

nanzkompetenz der Schüler bei den PISA-Tests.

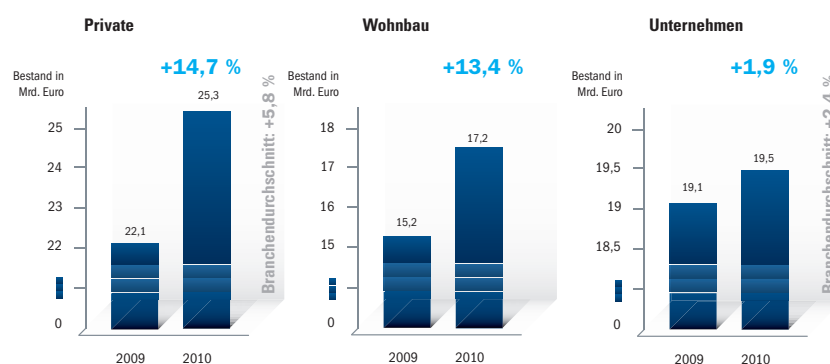
Zusätzliche Belastungen drohen

„Die Bankensteuer belastet die Sparkassengruppe mit 140 Mio. Euro jährlich und die Kursgewinnsteuer – beschlossen in der kompliziertesten und unsinnigsten aller Formen – verursacht, wenn die Verfassungsrichter sie nicht kippen, einmalige Anlaufkosten von 70 Mio. Euro“, unterstrich der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath. Für den laufenden Betrieb der Administration der Kursgewinnbesteuerung wären dann weitere 15 Mio. Euro jährlich notwendig. 150 Mio. Euro wäre die Belastung aus der Dotierung des künftigen Einlagenicherungsfonds. Die jüngste Gehaltserhöhung für die Mitarbeiter schlage mit rund 20 Mio. Euro zu Buche.

Diese massiven Mehrbelastungen hätten grundsätzlich drei mögliche Konsequenzen. „Wir können die Kosten an die Kunden weitergeben, was der Wettbewerb verhindert. Wir können weitere Mitarbeiter abbauen, was wir nicht wollen, und wir können den Spielraum für das gesellschaftspolitische Engagement in Sachen Gemeinwohl einengen, was aber niemand wollen kann“, schilderte Ikrath die schwierige Ausgangslage für die Sparkassen. Er appellierte an die Bundesregierung, alles zu tun, um diese Verengung der Handlungsspielräume zu vermeiden. Ikrath plädierte in diesem Zusammenhang dafür, endlich auf die spezifischen Strukturen der dezentral organisierten Gruppen Rücksicht zu nehmen.

An die Adresse der EU richtete er die Forderung, die Capital Requirement Directive (CRD 4) als Richtlinie zu formulieren. Derzeit herrsche in Brüssel das Bestreben vor, dieses Regelwerk als Verordnung zu etablieren, was die Anpassung an nationale Erfordernisse und Spezifika unmöglich machen würde. „Wir erwarten, dass so viel nationaler Handlungsspielraum erhalten bleibt wie möglich. Unsere Wirtschaft braucht ausreichende Kreditfinanzierung“, begründete Ikrath sein Plädoyer für eine Richtlinienlösung.

Finanzieren, Wohnen



Neugeschäft an Deviseninländer

- EUR 4,8 Mrd. Unternehmenskredite (2009: EUR 5,2 Mrd. -7,4 %)
- EUR 2,2 Mrd. Privatkredite (2009: EUR 2,2 Mrd. -0,1 %)
- EUR 7,8 Mrd. neue Kredite 2010 in Österreich vergeben (2009: EUR 8,4 Mrd.)

Braucht Einleger kein Sensorium für Risiken mehr?

Studie zum Selbstbehalt im europäischen Einlagensystem

Josef Christl*

Die Finanzkrise hat das Bewusstsein bei den Anlegern wohl geschärft: Die Einlagensicherung ist keine hohle Phrase oder eine selbstverständliche Formalität, sondern eine Regelung, deren Bedeutung erst in der Krise gewürdigt wird. Doch wie soll es mit den Garantien für Einlagen nach Überwindung der Krise weiter gehen? Totales Sicherheitsnetz für den Einleger – ohne Selbstbehalt – auch wenn Risiken durchaus ersichtlich waren bzw. sind? Eine grundsätzliche Diskussion ist fällig.

In der Debatte um den aktuellen Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Einlagensicherung hat der Aspekt des Selbstbehalts bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der aktuelle Vorschlag trägt weitgehend nur dem Einlegerschutz Rechnung. Den Einlegern wird damit die Fähigkeit abgesprochen, Bankinstitute auf ihre Solidität überprüfen zu können.

Rückkehr zur Marktdisziplin

Diese Sichtweise steht in starkem Widerspruch zu den Ergebnissen von empirischen Studien zur Marktdisziplin. Denn natürlich gibt es ein einschlägiges Sensorium bei vielen Anlegern. Sonst hätte man am Höhepunkt der Krise nicht beispielsweise den sicheren Hafen der Sparkassen gesucht.

Diese erwähnten Studien zeigen außerdem, dass die Marktdisziplin in Europa schon vor der Aufhebung des Selbstbehalts geringer war als in den Vereinigten Staaten. Diese Tendenz wird nunmehr noch verstärkt.

In der Diskussion um die Ausgestaltung der europäischen Einlagensicherung werden dieser von der zuständigen Politik häufig zu viele Aufgaben wie etwa die Verhinderung vom berühmten – berühmten Sturm auf die Banken, der spezifische Einlegerschutz für den individuellen Sparer, die Erhöhung des Vertrauens in das Finanzsystem generell sowie die Garantie eines möglichst fairen Wettbewerbes zugemutet. Dazu kommt die Intention, den Einsatz von Steuermitteln möglichst gering zu halten. Diese Überfrachtung der Einlagensicherung mit Aufgaben, die effizienter von anderen Teilnetzen wahrgenommen werden, ist keineswegs hilfreich.

Die Erhöhung des Deckungsumfangs der Einlagensicherung konnte während der aktuellen Krise in einigen Ländern die so gefürchteten Bank Runs nicht stoppen. Wenn überhaupt, so hat im Verlauf der aktuellen Finanzkrise die Einlagensicherung durch ihre unterschiedlich gestaltete Ausprägung in Europa und die ein-

Josef Christl: „Für die Bank, bei der man einlegt, sollte man sich interessieren.“



seitigen Erhöhung des Deckungsumfangs durch einzelne Regierungen (Irland) wohl eher zu einer Verschärfung als zu einer Dämpfung der Krise beigetragen.

Bei der Ausgestaltung eines Einlagensicherungssystems gibt es eben eine grundsätzliche Polarisierung zwischen dem verbraucherpolitischen Ziel Anlegerschutz und einer Mindestanforderung in Sachen Marktdisziplin. Zielt ein Einlagensicherungssystem überwiegend auf Anlegerschutz ab und vernachlässigt die Marktdisziplin, dann wird es langfristig eher zu einer Belastung als zu einer Stütze der Finanzmarktstabilität. Eine Reihe empirischer und historischer Studien kommt zu dem Ergebnis, dass Einlagensicherungssysteme auch erhebliche destabilisierende Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität haben können, wenn sie die Marktdisziplin untergraben und risikofreudiges Verhalten ermutigen.

Beitrag für stabilere Märkte

Wenn es für Einleger einsichtig ist, dass letztlich jede Bank auch ein Insolvenzrisiko aufweist, dann werden sie sich verstärkt für die Geschäftspolitik der Bank interessieren. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Märkte. Dazu ist es aber notwendig, die Diskussion über Selbstbehalt zu führen und nicht von vornherein zu tabuisieren. Außerdem würden damit starke Anreize zur Forcierung der finanziellen Bildung, also der Financial Literacy, gesetzt.

Der aktuelle Richtlinienvorschlag mit einem Deckungsumfang von bis zu 100.000 Euro und einem äußerst breiten Berechtigungskreis ist dazu angeht, Anleger zu ermutigen ihre Einlagen in Banken zu deponieren, denen sie an sich nicht vertrauen. Dieses Verhalten schädigt die Marktdisziplin auf den europäischen Finanzplätzen ebenso wie verantwortungsvolle Institute und verantwortungsvolle Einleger, die die Einlagensicherung zum größten Teil finanzieren. Die Europäische Einlagensicherung sollte aus all diesen Gründen so gestaltet werden, dass zumindest mitt-

lere und größere Einleger angehalten sind, ihre Bank auf ihre Geschäftsgebarung und Risikoverhalten zu überprüfen. Grundsätzlich sind mehrere Modelle zur Ausprägung des Selbstbehalts denkbar. Das Einlagensicherungssystem sollte jedenfalls in regelmäßigen Zeitintervalle einer Überprüfung auf Angemessenheit und Effizienz unterzogen werden.

Moral Hazard Problem in doppelter Hinsicht

Zu großzügige Einlagensicherungssysteme führen zur Verschlechterung der Marktdisziplin und schaffen damit ein Moral-Hazard-Problem in doppelter Hinsicht: Erstens wird für den Einleger – je nach Ausgestaltung des Einlagensicherungssystems – der Anreiz vermindert, sich Informationen über die Solidität seines Geschäftspartners zu beschaffen und diese laufend zu überprüfen. Die Anlageentscheidung der Sparer reduziert sich auf die Suche nach jener Bank, welche die höchsten Zinsen verspricht, ohne dass sie sich mit den Risiken dahinter beschäftigen. Zweitens tendiert das Bankmanagement – angesichts des Kampfs um Einlagen und höhere Gewinne – dazu, höhere Einlagenzinsen anzubieten. Um diese höheren Zinsen allerdings zu erwirtschaften, muss das Management in der Regel aktivseitig eine riskantere Geschäftspolitik betreiben. Einleger und Bankverantwortliche vertrauen dabei letztlich darauf, dass die entstehenden Kosten ihres riskanten Handelns durch die Einlagensicherung (und somit überwiegend von anderen) getragen werden, während sie selbst die Erträge vereinnahmen. Den Benefits der Einlagensicherung in Form von höherem Anlegerschutz und geringerer Wahrscheinlichkeit von Bank Runs stehen damit zusätzliche Belastungen in Form von Moral Hazard gegenüber.

*) Josef Christl (Macro-Consult) ist Autor der Studie „Zur Rolle des Selbstbehalts im Rahmen des Europäischen Einlagensicherungssystems“.

EINBLICK

Exportierter Aufschwung

Motor Wettbewerbsfähigkeit



Milan Frühbauer

Das hat auch die letzten industriestaatlichen Zweifler überzeugt: Nur der Erhaltung einer ausreichend wettbewerbsfähigen, industriellen Substanz verdanken Deutschland und Österreich die rasche Wiederkehr auf den konjunkturellen Wachstumspfad. Damit sind alle jene strukturpolitischen Gurus widerlegt, die etwa um die Jahrtausendwende prognostiziert haben, die traditionellen Industriestaaten Westeuropas würden sich von der Sachgütererzeugung schrittweise zugunsten der Schwellenländer verabschieden müssen. Sie haben damals auch Österreich auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft mit sinkenden Industrieanteilen gesehen. Man sei auf dem Weg in die virtuelle Wissensgesellschaft ...

leicht sinkend, während sich die Quote der so genannten Drittstaaten der 30-Prozent-Marke nähert.

Die Außenhandelsdaten zeigen, dass die im weltweiten Wettbewerb stehenden Unternehmen in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich an der Produktivitätssteigerung und Innovation gearbeitet haben. Ganz im Gegensatz zu den Gebietskörperschaften, die sich jetzt mühsam – unter dem Zwang der leeren Kassen – dem Thema Effizienzsteigerung zuwenden müssen.

Renaissance der Standortpolitik

Doch zweistellige Zuwachsraten im Export sind kein selbstverständlicher Automatismus. Solche Erfolge sind Jahr für Jahr neu zu erringen. Sie haben zur Voraussetzung, dass Österreich neben einem attraktiven Finanzstandort auch ein attraktiver Industriestandort bleibt. Wachsamkeit ist angesagt, zumal der Finanzstandort derzeit mutwillig durch Bankensteuer und Kursgewinnbesteuerung in Gefahr gerät.

Die Wechselwirkung ist unverkennbar: Österreich braucht zur Stabilisierung der Konjunktur in der Bandbreite zwischen 2 und 3 Prozent eine Wiederbelebung der industriellen Investitionstätigkeit. Privater Konsum und Exporte allein können auf Dauer die Hauptlast nicht tragen, wobei der Wirtschaftspolitik klar sein muss, dass dauerhafte Exporterfolge hohe unternehmerische Investitionsquoten als Grundlage brauchen.

Was also Kreditwirtschaft und Sachgüterproduktion im gemeinsamen Interesse derzeit vereint, ist der Ruf nach einer kompromisslosen Rückkehr zu einer Standortpolitik, die diesem Land seine jeweiligen Wettbewerbsvorteile nicht raubt, sondern diese befördert. Steuererhöhungen – wo immer sie auch ansetzen – sind in praktisch jedem Fall Maßnahmen zur Minderung der Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt für Finanzdienstleister ebenso wie für Industriebetriebe. Es gibt für die ausgabenorientierte Sanierung der öffentlichen Haushalte wohl kein überzeugenderes Argument.

Export hat Einbruch überwunden

Jetzt liegt der Gegenbeweis auf dem Tisch: Österreich konnte seine Exporte im Vorjahr um nicht weniger als 16,5 Prozent auf knapp 110 Mrd. Euro steigern. Diese beachtliche Zuwachsraten entspricht also etwa dem Sechsfachen des realen Gesamtwirtschaftswachstums (BIP) in Höhe von 2,7 Prozent. Schon dieser Wert, der deutlich über dem Durchschnitt der Länder der Eurozone liegt, ist seltenerweise in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt worden. Selbst Qualitätszeitungen war dieses überraschende Übertreffen der Konjunkturprognosen aus dem Spätherbst des Vorjahres nur einen Einpalter wert. Berücksichtigt man, dass hierzulande die Warenexporte rund 40 Prozent des BIP ausmachen, dann wird klar, welche Bedeutung die Ausfuhr von Sachgütern für den aktuellen Konjunkturverlauf überhaupt hat.

Solche Erfolge auf den Weltmärkten haben zwei Voraussetzungen: Eine intakte, innovative und wertschöpfungsintensive Industriestruktur sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Globalisierung des heimischen Ausfuhrgeschehens macht Fortschritte. Der Anteil der EU-Länder an den österreichischen Exporten ist weiterhin

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Erste Bank als beste „Private Bank“ ausgezeichnet

Das britische Finanzmagazin „Euromoney“ hat die Erste Bank Osterreich zum zweiten Mal in Folge als beste Bank im Bereich Private Banking in Österreich ausgezeichnet. Das Besondere an der Auszeichnung: Sie basiert schwerpunktmäßig auf einer Umfrage innerhalb der Branche. Das bedeutet, dass nicht eine Jury, sondern Branchenexperten selbst die einzelnen Banken bewerten. In Tschechien konnte die Ceská spořitelna, Tochter der Erste Group, überzeugen – sie wurde ebenfalls für das beste Private Banking ausgezeichnet.

Sparen im Mittelpunkt eines Aschermittwochgesprächs

Das in Kooperation von Sparkasse OÖ, Industriellenvereinigung OÖ und Johannes Kepler Universität geführte 9. Aschermittwochgespräch stand ganz im Zeichen des Sparens. Generaldirektor Markus Limberger lud zum traditionellen



Erich Wiesner, Generaldirektor Markus Limberger, Univ.-Prof. Friedrich Schneider und Severin Renoldner beim Aschermittwochgespräch in der Sparkasse Oberösterreich.

Gespräch in die Zentrale der Sparkasse OÖ an der Linzer Promenade. Mit der Thematik „Sparen – die goldene Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“ setzten sich Prof. Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität, Sozialethiker Severin Renoldner von der Diözese Linz und Erich Wiesner, Vizepräsident Industriellenvereinigung OÖ, intensiv auseinander.

52 „Mühlviertel-Millionen“

Die Finanzierungsinitiative „Mühlviertel-Millionen“ geht in das dritte Jahr. Die Sparkasse Mühlviertel-West hat im Jahr 2010 versprochen, 50 Mio. Euro in Form von Krediten in die gewerbliche Wirtschaft und in den Konsum fließen zu lassen. „52,2 Mio. Euro sind es schlussendlich geworden“, gab Vorstandsvorsitzender Klaus Klopf bekannt.



Die Vorstandsmitglieder Ignaz Kopf und Klaus Klopf, der Obmann der Wirtschaftskammer Rohrbach, Herbert Mairhofer, und der Obmann der Wirtschaftskammer Urfahr-Umgebung, Reinhard Stadler

Sparkasse fördert Wirtschaftsausbildung



Die Schülerinnen und Schüler der HAK Wörgl mit ihren Lehrern und ECO-Mania-Erfinder Stefan Föger (r. hinten).
Foto: hn media/Nageler

Ein Wirtschaftstraining der besonderen Art erhielten angehende Maturanten der Handelsakademie Wörgl. Bei dem im Sparkassensaal in Wörgl veranstalteten volkswirtschaftlichen Planspiel ECO-Mania schlüpfen die Schüler in die Rollen von Entscheidungsträgern wie Bundeskanzler, Gewerkschafter und Unternehmensvertreter. „Im Sinne von ‚miteinander statt gegeneinander‘ erfahren die Teilnehmer, dass sie nur gemeinsam gewinnen können“, unterstreicht Managementberater Stefan Föger, der das Spiel entwickelt hat, den didaktischen Ansatz.

Bonitätsanalyse auf elektronisch

Punktgenaue Analyse der Jahresabschlüsse

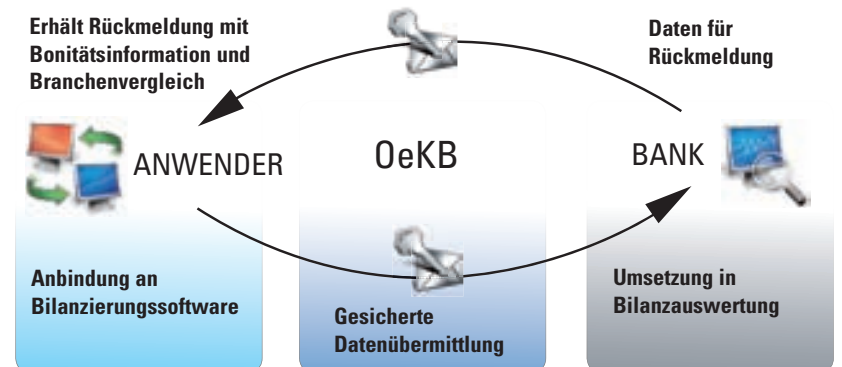
Franz Brenner*

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Unternehmen liegt in der effizienten Nutzung von Informationen. Die Sparkassengruppe stellt sich gemeinsam mit weiteren österreichischen Kreditinstituten dieser Herausforderung und liefert punktgenau aufbereitete Bonitätsinformationen aus der Auswertung des Jahresabschlusses und aktueller Branchenkenntzahlen.

Ausgangsbasis dieser Serviceleistung ist die in jeder Bank bestehende Bilanzauswertung, bei der gemäß gesetzlichen Verpflichtungen die Jahresabschlussdaten der Kreditnehmer nach betriebs- bzw. kreditwirtschaftlichen Aspekten ausgewertet und bei der Beurteilung der Bonität des Kreditnehmers im Rahmen des von jedem Institut zu führenden Risikomanagements berücksichtigt werden. Bis jetzt wurden die überwiegend in Papierform bei den Kreditinstituten einlangenden Bilanzdaten nach institutsspezifischen Auswertungsregeln manuell bearbeitet und in die Auswertungssysteme „eingetippt“, um die Daten elektronisch verfügbar zu haben. Ein ineffizienter Vorgang angesichts des Umstands, dass diese Unterlagen in den meisten Fällen beim Wirtschaftstreuhänder elektronisch verfügbar sind und eigentlich nur „auf die Reise geschickt“ werden müssten.

Neue partnerschaftliche Zusammenarbeit

In diesem Sinne wurde unter Federführung der Sparkassengruppe ein neues elektronisches System zur gesicherten Übertragung von Bilanzdaten aller Art (eBT – elektroni-



scher Bilanztransfer) auf die Beine gestellt, das von immer mehr österreichischen Banken und Wirtschaftstreuhändern angewendet wird. Entwickelt wurde dieses System gemeinsam mit Vertretern der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und den maßgeblichen Anbietern von Bilanzierungssoftware. Somit ist eine einfache und vielen Wirtschaftstreuhändern ohnedies schon vertraute Anwendung geschaffen worden. Systemträger ist die OeKB-Österreichische Kontrollbank, die bei allen Beteiligten Vertrauen genießt und gewohnt ist, sicheres Datenhandling zu gewährleisten. Teilnehmende Kreditinstitute sind: Erste Bank und alle Sparkassen; Bank Austria und weite Teile von Raiffeisen; AWS-Austria Wirtschaftsservice. Mit der Umsetzung beschäftigt sich derzeit auch die Volksbankengruppe.

So funktioniert es

Mit der Zustimmung des Klienten verschickt der Wirtschaftstreuhänder die Bilanzunterlagen nicht mehr in Papierform, sondern elektronisch an die berechtigten Banken. Nach erfolgter Auswertung werden die jeweiligen Bonitätsinformationen und

aktuellen Branchenkenntzahlen elektronisch an den Wirtschaftstreuhänder retourniert.

Erstmals erhält der Wirtschaftstreuhänder bei elektronischer Anlieferung der Bilanzdaten eine inhaltlich interessante Rückmeldung mit Bonitätsinformationen und aktuellen Branchenkenntzahlen. So werden die Interessenten über die jeweils unterschiedliche Sichtweise der finanzierenden Banken informiert und können im gemeinsamen Gespräch mit den Klienten Potentiale zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bzw. des Basel-Ratings weit besser als bisher erarbeiten. Die einheitliche Vorgangsweise aller beteiligten Banken macht die Anwendung sehr einfach: Die meisten Wirtschaftstreuhänder verfügen mit hoher Wahrscheinlichkeit über die notwendigen technischen Voraussetzungen. Dazu kommen noch direkte und indirekte Einsparungseffekte im Verwaltungsbereich und die auf die allgemeinen Auftragsbedingungen reduzierte Haftung.

*) Franz Brenner ist Leiter der Abteilung Bilanzauswertung in der Erste Bank Osterreich.

s Bausparkasse meldet Rekorde

Thermische Sanierung soll Darlehensgeschäft ankurbeln

Das anhaltend risikoorientierte Anlegerverhalten in Österreich hat den Bausparkassen abermals ein Rekordjahr beschert. 2010 wurden mehr als 1 Million Bausparverträge neu abgeschlossen und dieser Sparform die höchsten Beliebtheitswerte im Veranlagungsportfolio zuerkannt. Josef Schmidinger, Generaldirektor der s Bausparkasse, konnte bei der Bilanzpressekonferenz seines Hauses auch einen eigenen Rekord verbuchen: „Wir haben als Marktführer mit 346.370 neuen Verträgen nicht nur einen Zuwachs von 4,8 Prozent gegenüber 2009, sondern damit auch die höchste Zahl erreicht, die je eine Bausparkasse in unserem Land in einem Jahr abgeschlossen hat.“ Mit 6.090 Mio. Euro hat sein Institut die 6-Milliarden-Grenze bei den Bauspareinlagen übersprungen.

Keine Rekordwerte gibt es auf der Ausleihungsseite zu vermelden, was sicher eine Reaktion auf die derzeitige Zurückhaltung beim Neubau ist. Der hohe Marktanteil von über 37



Generaldirektor Josef Schmidinger nach der Bilanzpressekonferenz mit Sparkassenzeitungs-Kommentatorin Christine Domforth
Foto: s Bausparkasse

Prozent konnte zwar gehalten werden, der Ausleihungsstand ging aber um rund 2 Prozent auf 6,672 Mio. Euro zurück. Die s Bausparkasse hofft deshalb, dass die neue Förderungsaktion für die thermische Sanierung das Darlehensgeschäft ankurbeln wird. Speziell für Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen bietet das Institut einen besonders günstigen Aktionszinssatz und bis zum 30. Juni einmalig einen Zinszuschuss an.

Vor allem soll dieser Sanierungsscheck aber laut Schmidinger „den

stetig steigenden Energiekosten Einhalt gebieten. Die staatliche Förderung kommt direkt der österreichischen Wirtschaft zugute, schafft und sichert Arbeitsplätze im Inland und leistet einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduktion.“ Aufgrund der Erfahrungen aus dem Jahr 2009 rechnet er damit, dass die Förderungsmittel noch im Mai ausgeschöpft sein werden. Er verweist aber darauf, dass bis 2014 jährlich 70 Mio. Euro für private und 30 Mio. Euro für die betriebliche Sanierung zur Verfügung stehen werden. -apy-

„Wir werden weiter von CEE-Märkten profitieren“

Erste Group mit höchstem Nettogewinn seit 2007



Andreas Treichl bei der Bilanzpressekonferenz: „Das Geschäftsumfeld in Zentral- und Osteuropa war geprägt durch die Rückkehr des Wirtschaftswachstums in nahezu allen Kernmärkten der Erste Group.“

Milan Frühbauer

Die Präsentation der außerordentlich erfreulichen Ergebnisse der Erste Group für das Jahr 2010 nutzte Vorstandsvorsitzender Andreas Treichl auch für einige strategische Positionierungen. „Das Schlimmste liegt hinter uns“, meinte er und betonte das Erreichen zweier wichtiger Ziele bei Überwindung der Krise: Die Verbesserung der Loan-to-Deposit-Ratio als Folge weiterhin steigender Kundeneinlagen und die Unabhängigkeit vom Interbankenmarkt.

Der Rückgang bei den Risikovorwarnungen signalisiert die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern. Die deutlich gestiegene Eigenmittelausstattung dokumentiert die Ertragskraft und die Richtigkeit des Geschäftsmodells. „Wir leben zwar weiterhin in einer unsicheren Welt, aber wir fühlen uns auch in einem krisenreichen Umfeld stark, weil wir von den CEE-Märkten weiterhin profitieren werden“, so Treichls klares Bekenntnis zum Engagement der Gruppe in Zentral- und Südosteuropa.

„Das Geschäftsumfeld in Zentral- und Osteuropa war geprägt durch die Rückkehr des Wirtschaftswachstums in nahezu allen Kernmärkten der Erste Group. Dazu kam, dass der geringere Verschuldungsgrad der CEE-Länder im Vergleich zu West- und Südeuropa Beachtung gefunden hat. Bisher basierte die wirtschaftliche Erholung in unserer Region nahezu ausschließlich auf den Exporten. Wir sind jedoch überzeugt, dass die flexiblen Wirtschaftsstrukturen in CEE die Belebung des Privatkonsums 2011 im heurigen Jahr unterstützen und auch zum weiteren Wachstum der Erste Group beitragen werden“, skizzierte Treichl die Ausgangssituation.

Sinkende Risikovorwarnung verbessert Profitabilität

Für alle Märkte der Erste Group in Zentral- und Osteuropa wird 2011 ein leichtes Wachstum prognostiziert. Tschechien und die Slowakei werden dabei auf ihrer soliden Entwicklung im Jahr 2010 aufbauen können. Rumänien hingegen sollte im Jahr 2011 die Rezession überwinden, wobei mit spürbaren Wirt-

schaftswachstum nicht vor der zweiten Jahreshälfte gerechnet werden kann, so die Einschätzung der Experten.

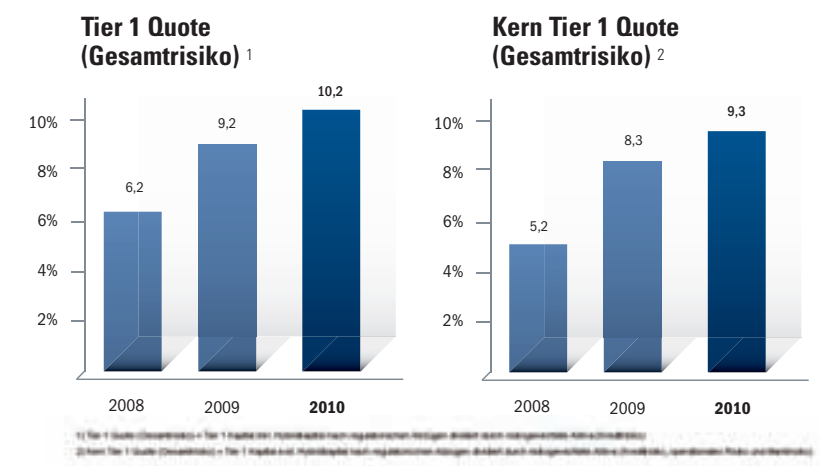
Ungarn wiederum sollte von beschleunigtem Wirtschaftswachstum profitieren, startet allerdings von einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Dennoch sind in beiden Ländern auch 2011 höhere Risikokosten zu erwarten.

Die besseren makroökonomischen Fundamentaldaten sollten auf Gruppenebene zu sukzessiv sinkenden Risikokosten und zur weiteren Ver-

cher war, erhöhte sich die NPL-Quote, gemessen an den Kundenkrediten 2010 von 6,6 Prozent auf 7,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorquartal blieb die NPL-Quote erstmals seit dem zweiten Quartal 2008 stabil. Die NPL-Deckungsquote (Deckung notleidender Forderungen durch Risikovorsorgen) verbesserte sich auf 60,0 Prozent (31. Dezember 2009: 57,2 Prozent).

Der Jahresüberschuss nach Steuern und Minderheiten stieg im Jahr 2010 um 12,4 Prozent auf 1.015,4 Mio.

Kapitalquoten weiter verbessert



besserung der Profitabilität führen. Letztere sollte durch ein anhaltend robustes Betriebsergebnis, basierend auf einem mittleren einstelligen Kreditwachstum, relativ stabilen Margen und striktem Kostenmanagement, unterstützt werden.

Steigende Gewinne stärken Kapitalbasis

Die Erste Group erwirtschaftete 2010 ein Rekord-Betriebsergebnis von 3.987,9 Mio. Euro (+5,7 Prozent gegenüber 2009). Der positive Trend beim Zins- und Provisionsüberschuss machte den Rückgang im Handelsergebnis mehr als wett. Vor allem der Provisionsüberschuss verzeichnete 2010 mit einer Steigerung von 9,2 Prozent auf 1.936,0 Mio. Euro ein starkes Wachstum. Die Risikokosten sanken 2010 um 1,2 Prozent auf etwas mehr als 2 Mrd. Euro. Obwohl der Zuwachs der notleidenden Kredite (NPL) im Vergleich zum Vorjahr deutlich schwä-

Euro, obwohl etwa die Bankensteuer in Ungarn das Ergebnis mit knapp 50 Mio. Euro vor Steuern belastete.

Die Kapitalbasis der Erste Group wurde vor allem durch die steigenden Gewinne weiter gestärkt: Das Eigenkapital stieg im Vergleich zum Jahresende 2009 um 6,9 Prozent auf 13,6 Mrd. Euro. Parallel zum stagnierenden Kreditwachstum fielen die gesamten risikogewichteten Aktiva von 123,9 Mrd. Euro zum Jahresende 2009 auf 119,8 Mrd. Euro. Dementsprechend erhöhte sich die Tier-1-Quote (bezogen auf das Gesamtrisiko) auf 10,2 Prozent (Ende 2009: 9,2 Prozent). Die enger definierte Core-Tier-1-Quote (bezogen auf das Gesamtrisiko) verbesserte sich ebenfalls deutlich von 8,3 Prozent auf 9,2 Prozent.

Auf Basis der guten Ertragslage wird der Vorstand der Erste Group der Hauptversammlung am 12. Mai 2011 wiederum eine Dividende von 0,65 Euro vorschlagen.

AUSBLICK

Warnsignal aus Frankfurt



Christine Domforth

EZB wird Zinsen erhöhen

Die Zeiten des billigen Geldes gehen zu Ende. Offen ist nur, ob EZB-Chef Jean-Claude Trichet die Leitzinsen bereits Anfang April erhöht oder wegen der kritischen Lage in Japan noch etwas zuwartet. In einigen Bereichen hat der Zinstrend bereits vor geraumer Zeit nach oben gedreht, bald könnten die Zinssätze auf breiter Front steigen. Vordergründig reagieren die Frankfurter Währungshüter mit dem Anziehen der Zinszügel auf die deutlich gestiegenen Inflationsraten, im Besonderen auf die nach oben schießenden Rohstoff- und Ölpreise. Vor allem aber signalisiert die EZB damit, dass sie nicht auf Dauer als Krisenfeuerwehr fungieren will, und erhöht den Druck auf die Politiker der EU bzw. der Eurozone, bei der Lösung der Schuldenkrise endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Mit dem Ankauf von Staatsanleihen maroder Euro-Länder und ähnlichen Aktionen hat die EZB während der Finanzkrise einige ihrer bislang ehernen Prinzipien über Bord geworfen. Jetzt, da seine Amtszeit zu Ende geht, will EZB-Chef Trichet noch einmal Unabhängigkeit demonstrieren, um nicht als Weichling in die Annalen der EZB einzugehen.

Einen Leitzinssatz, der für wirtschaftlich starke Länder ebenso „passt“ wie für die Sorgenkinder der Euro-Zone, kann es nicht geben. Nicht zuletzt deshalb streiten die Ökonomen schon jetzt über die Auswirkungen der angekündigten Zinserhöhung. Während die einen warnen, damit würde die Konjunkturerholung abgewürgt und die Lage in den finanzschwachen Euro-Staaten wie Griechenland, Spanien oder Irland weiter verschärft, halten es andere für durchaus angemessen, dass die EZB, deren laut Statut einziges Ziel die Preisstabilität ist, angesichts der deutlich gestiegenen Inflation jetzt handelt.

Härtere Zeiten für Schuldner

Wenn man die mickrigen Zinsen, die Kapitalertragsteuer und die Inflation in Rechnung stellt, war

jedes Sparbuch in den vergangenen Monaten ein reines Verlustgeschäft, auch Anleihen brachten real kaum Ertrag. Die Anleger murrt also zu Recht. Deshalb werden sie sich natürlich über die steigenden Zinsen freuen. Die Schuldner müssen sich hingegen auf härtere Zeiten einstellen. Zwar dürften die Zinsen auch in den kommenden Monaten nicht extrem nach oben schießen, aber Kredite werden mit Sicherheit teurer. In Österreich wird man das schneller verspüren als anderswo, ist doch der Anteil der variabel verzinsten Kredite – bei denen Änderungen rasch durchschlagen – hierzulande höher als in anderen Ländern der Euro-Zone. Wer kann, sollte also noch rasch auf einen fixen Zinssatz umsteigen.

In der Wirtschaft wird sich nun zeigen, welche Firmen die Finanzkrise gut bewältigt und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Wer diesbezüglich seine „Hausaufgaben“ gemacht hat, wird es verkraften können, wenn Kredite wieder etwas mehr kosten. Alle anderen könnten in nächster Zeit zunehmend Probleme bekommen. Oder, wie es der US-Börsen-Milliardär Warren Buffet einmal drastisch formulierte: „Erst wenn die Ebbe kommt, sieht man, wer ohne Badehose ins Wasser gegangen ist.“

Reformdruck wächst

Wien ist zwar nicht Athen, aber auch Österreich steht mit seinen Staatsfinanzen alles andere als gut da. Schon im Vorjahr machte die Zinsbelastung für die Staatsschuld satte 7,7 Milliarden Euro aus, mehr als sich der Bund die Bereiche Unterricht, Kunst und Kultur kosten ließ. Selbst um die Zinsen für die Staatsschuld zu begleichen, mussten wir zusätzliche Kredite aufnehmen (Budgetexperten nennen das einen negativen Primärsaldo). Wenn nun die Zinsen steigen, wird der Druck noch größer. Ob das unsere Regierung dazu veranlasst, die längst überfälligen Reformen, mit denen man locker Milliarden einsparen könnte, endlich anzupacken?

Wie tragfähig ist der konjunkturelle Aufschwung?

Unsicherheiten und heterogene Entwicklungen flankieren Weg aus der Krise

Peter Mooslechner*

Die Sehnsucht nach kräftigem Wirtschaftswachstum ist ebenso groß wie jene nach gesicherten Daten über den mittelfristigen Konjunkturverlauf. Doch der Weg aus der Krise zur erhofften anhaltenden Wachstumsdynamik erweist sich als Pfad mit teilweise steinigem Streckenabschnitt.

Nach jüngsten Prognosen der EU-Kommission und der EZB setzt sich der Wirtschaftsaufschwung in Europa 2011 fort. Die EK erwartet nun ein Wirtschaftswachstum für den Euroraum von 1,6 Prozent, die EZB geht von einer Bandbreite von 1,3 – 2,1 Prozent (Midpoint 1,7 Prozent) aus. Nach dem massiven Konjunkturerinbruch des Jahres 2009 und einer deutlichen Gegenbewegung dazu im Jahr 2010 ist die europäische Wirtschaft damit auf einen im historischen Vergleich zwar nur moderaten, aber kontinuierlichen Wachstumspfad eingeschwenkt. Aus der Sicht der aktuellsten Prognosen dürfte sich diese Entwicklung auch 2012 (EZB-Bandbreite 0,8 – 2,8 Prozent; Midpoint 1,8 Prozent) in ähnlichem Tempo fortsetzen.

Getragen werden die nunmehr leicht besseren Aussichten einerseits von der guten Lage der Weltwirtschaft und andererseits vom positiven Wirtschaftsklima in der EU. Zwar wird der Welthandel sein außergewöhnlich starkes Wachstum von fast 14 Prozent im Jahr 2010 nicht mehr erreichen, mit Werten von mehr als 8 Prozent bleibt das Expansionstempo aber auch in der Folge robust. Parallel dazu sollte sich der Aufschwung aber nun auch in Europa zunehmend auf die Inlandsnachfrage stützen.

Geopolitische Turbulenzen als Unsicherheitsfaktor

Trotz dieser positiven Einschätzung des internationalen Konjunkturfelds bleibt jedoch die Frage, als wie tragfähig denn dieser Aufschwung angesichts einer Reihe ausgeprägter Unsicherheiten und eher ungünstiger Entwicklungen einzuschätzen ist. So blieben etwa die Wachstumsraten des Euro-Raums im zweiten Halbjahr 2010 etwas hinter den Erwartungen zurück, und der Zukunftsoptimismus stützt sich mehr auf Stimmungskennzeichen denn auf „hard facts“. Gleichzeitig mahnen geopolitische Entwicklungen und ausgeprägte Preisschübe bei Rohöl, Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Vorsicht. Das alles sind gute Gründe, einige Wachstumscharakteristika angesichts der sich verändernden Rahmenbedingungen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Brüssel gibt zu bedenken, dass erstens die Unsicherheit groß bleibe und zweitens die Entwicklung länderspezifisch sehr unterschiedlich sei. Den Unsicherheitsfaktor Nummer 1 stellt derzeit zweifellos der Ölpreis dar, dessen Aufwärtstrend durch die politischen Spannungen in Nordafrika

zusätzlich verstärkt wurde. Dieser Ölpreisanstieg kompensiert mindestens teilweise die von einem besseren internationalen Umfeld ausgehenden positiven Effekte, auch wenn deren Wirkung wesentlich von der Dauer des Ölpreishochs abhängen wird.

Gingen etwa die Prognosen Ende 2010 noch von einem Anstieg der Ölpreise auf rund 90 US-Dollar bis Ende 2011 aus, so liegt sich der Rohölpreis gegenwärtig bei mehr als 100 Dollar pro Barrel. Auch wenn die Futuresmärkte derzeit von keinen weiteren substantiellen Steigerungen mehr ausgehen, ist also mit einem mindestens 20 Prozent höheren Ölpreisniveau zu rechnen. Grosso modo kalkuliert man, dass ein um 10 Prozent höherer Ölpreis das Wachstum mittelfristig immerhin um rund 0,25 Prozentpunkte dämpft, gleichzeitig steigt die Inflationsrate um etwas weniger als 0,5 Prozentpunkte. Zu den permanenten Unsicherheiten des Konjunkturausblicks zählen weiterhin die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – von den Problemen einzelner Staaten über die Fragilität im Finanzsektor bis hin zu notwendigen Bilanzanpassungen bei Haushalten und Unternehmen – sowie weltwirtschaftliche Risiken, der Dollarkurs, steigende Zinssätze und die Sanierungsnotwendigkeiten bei öffentlichen Haushalten.

Unüblich heterogene Entwicklungen in der EU

Zu den speziellen Merkmalen der gegenwärtigen Situation zählt auch die ausgeprägte Divergenz der Entwicklung in den einzelnen Ländern, global, innerhalb der EU und im Euro-Raum. Während sich in China, Ostasien und Lateinamerika der durch die Krise nur wenig gedämpfte Boom nunmehr ungebremst fortzusetzen scheint, hinkt Europa in Summe der weltweiten Entwicklung hinterher.

Erfreulicherweise zählt Österreich zusammen mit Deutschland zur schneller wachsenden Ländergruppe. Gerade die Wachstumsunterschiede zu Deutschland und die dafür ausschlaggebenden Faktoren verdienen jedoch eine etwas genauere Analyse. Laut Statistischem Bundesamt ist die deutsche Wirtschaft 2010 um 3,6 Prozent gewachsen, Österreich – nach den jüngst revidierten Daten – jedoch „nur“ um 2,1 Prozent. Demgegenüber ist langfristig, seit Einführung des Euro im Jahr 1999 bis zum Jahr 2009, die österreichische Wirtschaft im Durchschnitt um 0,9 Prozentpunkte stärker gewachsen als die Wirtschaft in Deutschland. Betrachtet man die Entwicklung seit der Einführung des Euro 1999 bis zum letzten Vorkrisenjahr 2007, so hat das österreichische BIP mit kumuliert 20,2 Prozent um immerhin 7 Prozentpunkte mehr zugelegt als das deutsche (13,2 Prozent).

In den vergangenen Jahren hat aber vor allem das deutsche Exportwach-

tum jenes von Österreich übertroffen. Dieser Unterschied in der Exportdynamik blieb auch in der Krise 2008/2009 bestehen und hat sich im Erholungsjahr 2010 deutlich verstärkt. Aufgrund des höheren Anteils des österreichischen Exportsektors am BIP haben aber trotzdem die Exporte in Österreich stärker zum Wirtschaftswachstum beigetragen. In Summe konnte Österreich auch 2008/2009 das Wachstumsdifferential gegenüber Deutschland aufrechterhalten, lediglich 2010 kehrte sich dieses Verhältnis um.

Auf dem Arbeitsmarkt weist Österreich übrigens seit 1999 durchgehend eine merklich niedrigere Arbeitslosenquote als Deutschland aus. Während diese in Österreich zwischen Dezember 2009 und Dezember 2010 jedoch von 4,6 auf 5,0 Prozent gestiegen ist, ist sie in Deutschland im selben Zeitraum von 7,4 auf 6,6 Prozent zurückgegangen.

Inflation als neue Herausforderung

Einen zentralen – derzeit aber noch schwer einschätzbaren – Unsicherheitsfaktor stellt die Inflation dar. Einerseits wird dadurch die Real-inkommensentwicklung gedämpft, andererseits führt diese Entwick-

lung dazu, dass die bisher auf Konjunkturbelebende ausgerichtete Wirtschaftspolitik einen zumindest etwas weniger stark expansiven Kurs einschlagen wird. Die Inflationsprognose der Kommission für 2011 wurde gegenüber Herbst nach oben korrigiert, statt 1,8 Prozent wird sie nun für die Eurozone auf 2,2 Prozent geschätzt (EZB 2,0 – 2,6 Prozent; Midpoint 2,3 Prozent). Neben Steuererhöhungen in einigen Ländern sind die Rohstoffpreise die Hauptursache für diese Entwicklung. Dabei wurde der Anstieg der Rohstoffpreise durch die Abwertung des Euro gegen Jahresende 2010 noch verstärkt.

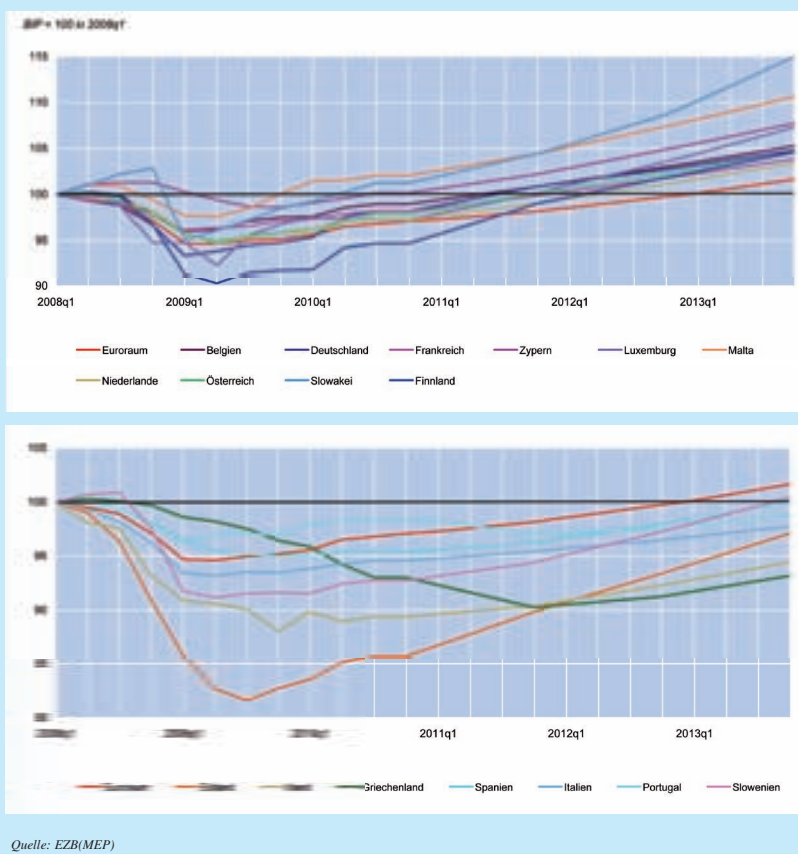
In Österreich erhöhte sich die HVPI-Inflationsrate (harmonisierte Verbraucherindexzahlen) im Jänner 2011 auf 2,5 Prozent (Dezember: 2,2 Prozent; November: 1,8 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist der höchste Wert seit Oktober 2008. Der Anstieg wurde überwiegend von einem deutlichen Preisschub bei Mineralölprodukten (Treibstoffen) verursacht. Die Kerninflation (HVPI-Inflationsrate ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) beschleunigte sich demgegenüber nur geringfügig auf 1,6 Prozent (Dezember: 1,5 Prozent; November: 1,4 Prozent).

Markante Länderunterschiede im Weg aus der Krise

Während eine Gruppe von Ländern des Euro-Raums – von der Slowakei über Deutschland und Frankreich bis zu den Niederlanden – im Verlauf des Jahres 2011 wieder das Niveau des realen BIP von Jahresbeginn 2008 erreicht haben wird, geht die Erholung in einer zweiten Gruppe von Ländern – von Griechenland bis Irland – deutlich langsamer voran.

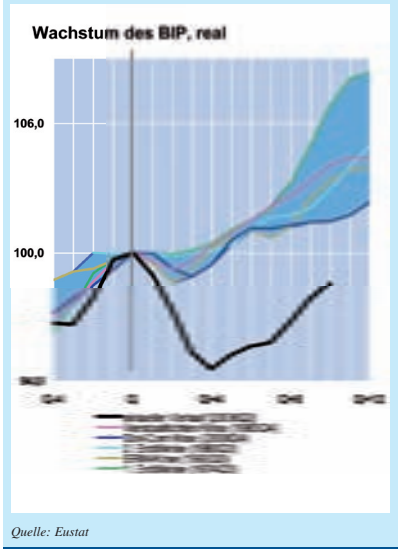
Nahezu alle Länder in dieser zweiten Ländergruppe werden auch Ende 2013 (!) das Vorkrisenniveau des BIP noch nicht wieder erreicht haben.

Niveau des realen BIP



Realwirtschaftliche Effekte

Vergleich mit früheren Wirtschaftskrisen



Tiefe Krise – langwieriger Erholungspfad

Während in der Vergangenheit das Wachstum in Deutschland durch die Wiedervereinigung gebremst wurde, konnte die österreichische Wirtschaft die Ostöffnung nutzen und erlebte auch mit dem EU-Beitritt einen Produktivitätsschub. Nach dem Auslaufen dieser strukturellen Effekte ist für die Zukunft von einer Abschwächung der Wachstumsunterschiede auszugehen. Ein Vergleich der aktuellen Prognosen für Deutschland und Österreich lässt erwarten, dass der deutliche Wachstumsvorsprung Deutschlands gegenüber Österreich im vergangenen Jahr eine Ausnahme bleiben wird. Bereits für das Jahr 2011 wird eine Angleichung der Wachstumsdynamik prognostiziert.

Die aktuellen Vertrauensindikatoren lassen eine weiterhin robuste Wirtschaftsentwicklung in Österreich erwarten. Der deutsche Ifo-Geschäftsklimaindex – ein für Österreich aussagekräftiges Messinstrument – verbesserte sich zum vierten Mal in Folge und erreichte den Rekordwert von nunmehr 111,2 Punkten. Ebenso ist das IV-Konjunkturbarometer im vierten Quartal 2010 neuerlich klar gestiegen, hervorgerufen durch eine Verbesserung des Indikators für die Geschäftslage in 6 Monaten. Alles in allem sind das durchaus erfreuliche Hinweise auf eine moderate Wachstumsdynamik, selbst unter eher ungünstiger werdenden Rahmenbedingungen. Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, dass ein guter Teil der Bewältigung einer Krise noch vor uns liegt, die eben tiefer war als alle Krisen der letzten Jahrzehnte.

* Peter Mooslechner ist Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Oesterreichischen Nationalbank.

„Wir denken in Brüssel strikt sektorneutral“

Interview mit dem Leiter des Direktorates Finanzinstitutionen der EU-Kommission, Elemer Tertak

Sparkassenzeitung: Wie ist Ihre aktuelle Einschätzung der Folgen der Finanzmarktkrise? Haben wir die Finanzkrise wirklich überwunden?
Tertak: Ganz ausgestanden ist die Krise wohl noch nicht, wir müssen daher vorsichtig bleiben. Es hat sich vieles ins Positive verändert, aber viele Staaten haben noch mit massiven Budgetproblemen zu kämpfen und z. B. auch die tragischen Ereignisse in Japan werden sicher Einfluss auf den Weltmarkt haben. Es gibt eben immer wieder externe Entwicklungen, die sich negativ auf die Kapitalmärkte auswirken können.

Könnten die Ereignisse in Japan Auswirkungen auf die bevorstehende Entscheidung der EZB zu einer Zinserhöhung haben?

Der EZB-Rat wird nebst der Berücksichtigung der üblichen makroökonomischen Faktoren sicherlich die Entwicklung sowohl in Japan als auch in Nordafrika in seine Entscheidung einfließen lassen. Es wird bestimmt keine leichte Entscheidung sein.

Vor zwei Jahren war man sich noch über eine Verschärfung der Regularien für die Kapitalmärkte einig. Doch nach Ansicht vieler Experten ist nicht viel passiert. Inzwischen kann man den Eindruck gewinnen, das „Business as usual“ setzt sich wieder durch.

Es hat sich vieles in der internationalen Bankenwirtschaft geändert. So ist z. B. der Marktanteil der geretteten bzw. verstaatlichten Banken größer geworden. Auch die Verbriefung hat bei weitem nicht das Niveau der Zeit vor der Krise erreicht, und die Vergabe von Krediten erfolgt aufgrund wesentlich strengerer Prüfung. Noch ist es nicht in Kraft, aber Basel III hat sich da schon bemerkbar gemacht. Die Leute sind vorsichtiger geworden, sowohl beim Anlegen, als auch bei der Kreditaufnahme. Man sagt zwar, dass das Gedächtnis auf den Finanzmärkten sehr kurz ist, aber so kurz ist es wiederum nicht, dass man sich der Probleme der Jahre 2008 und 2009 nicht mehr bewusst wäre. Die Panikstimmung ist zwar schon vorüber, aber es wird sicher nie mehr so sein, wie es vor 2008 war.

Die Absicht, die internationalen Ratingagenturen durch eigene EU-Agentur zu ersetzen, scheint nicht mehr aktuell zu sein.

Die Anforderungen an die Ratingagenturen haben sich verändert, die EU-Kommission hat hier neue Regeln aufgestellt. Man verlässt sich nicht mehr ausschließlich auf diese Agenturen, weil man erkannt hat, dass ihre Aussagen nur Hilfsmittel sind, die keineswegs die Bonitätsprüfung im Einzelfall ersetzen können. Es ist etwa wie bei einem Flugzeug, das zwar fast durchwegs vom Autopiloten geflogen wird – in entscheidenden Phasen ist



Elemer Tertak: „Die Anforderungen an die Ratingagenturen haben sich verändert, die EU-Kommission hat hier neue Regeln aufgestellt.“

aber das persönliche Eingreifen des Piloten notwendig. Und es sei noch bemerkt, dass wenn die neuen Regelungen keine Verbesserung in der Praxis bringen, besonders betreffend Wettbewerb oder Bonitätsbewertung von Staatsanleihen, sie erneut auf den Prüfstand gesetzt werden.

Das Urteil einer Rating-Agentur kann also die Bonitätseinschätzung pro futuro nicht ersetzen?

Nein, weil die Banken selbst das Risiko bewerten und vor allem in die Zukunft denken müssen. Die Agenturen hingegen schauen größtenteils zurück, und man kann nur bedingt aus vergangenheitsbezogenen Entwicklungen Schlüsse für die Zukunft ziehen. Eine Bank muss für eine Kreditvergabe neben der Vergangenheit auch viele andere Aspekte einbeziehen, z. B. die Zukunftsaussichten der Branche oder mögliche Alternativen zum jeweiligen Produkt. Gerade die sich rasch wandelnde Technik hat gezeigt, wie schnell in der Vergangenheit Produkte mit beträchtlicher Umsatzsteigerung plötzlich vom Markt verschwunden sind. Das muss man bei der Kreditentscheidung natürlich berücksichtigen.

Stimmt es, dass man in Brüssel die dezentralen Sektoren wieder etwas kritischer sieht als die straff organisierten Kommerzbanken?

Wir denken in Brüssel sektorneutral. Jeder Sektor hat eigene Wesenszüge, die wir prüfen und beurteilen müssen. Jeder Wesenszug muss auf das EU-Regelwerk hin untersucht werden, und das ergibt in Summe ein Urteil über die Sektoren. Die EU fällt kein globales Urteil über bestimmte Sektoren, sondern prüft, ob ein Sektor den definierten Belastungen standhalten kann. Wenn nun eine bestimmte Struktur einem Stresstest nicht standhält, so wird eine Verbesserung verlangt. Es gibt künftig 14 Prinzipien für die Anerkennung einer

Bilanzposition als Kernkapital, nach denen diese beurteilt wird. Dabei ist es vollkommen egal, ob es sich um eine Sparkasse, eine Volksbank oder sonst ein Institut handelt. Wichtig ist, ob diese Anforderungen voll erfüllt werden.

Es gibt zwei Varianten der Bankensteuer in Europa. Die eine Variante sieht ein Ansparen in Risikofonds vor, hat also den Charakter einer Vorsorge zur Vermeidung weiterer Finanzkrisen, die andere dient schlicht und einfach der Budgetkonsolidierung. Wir haben uns in Österreich für die zweite Variante entschieden. Ist das sinnvoll?

Wir brauchen ein Finanzsystem, in dem in der Zukunft die von einer Krise verursachte Kosten von dem Sektor selbst getragen werden. Daher sollten die Banken aufgefordert werden, zu einem Fonds Beiträge zu leisten, der in glaubwürdiger Weise die eventuellen Bankenpleiten abfängt und dadurch den Schutz der finanziellen Stabilität gewährleistet sowie weitere Folgeschäden verhindert. Aber dies wäre auf keinen Fall ein Rettungsfonds. Die EU-Kommission hat klargestellt, dass sie diese Variante – etwa in der Form, wie sie in Schweden schon existiert – vorzieht. Viele Mitgliedsstaaten haben allerdings die zweite Variante gewählt, da die Lage der eigenen Staatsfinanzen dies erforderte, und das wurde von der Kommission gebührend verstanden. Und zuletzt gestatten Sie mir auch noch kurz die Initiative von Erhebung einer Steuer auf Finanzmarkttransaktionen erwähnen, die auch von Kommissar Barnier unterstützt wird, falls sie weltweit eingeführt und angewendet wird.

Das Interview führten Milan Frühbauer und Alfred Paleczny

SPARKASSEN NEWS

Unterstützung für Vinzenzgemeinschaften



Die Tispa-Vorstände Wolfgang Hechenberger und Karl Obernosterer mit dem Präsidenten der Vinzenzgemeinschaften Tirol, Christoph Wötzer (Mitte).

Die Tiroler Sparkasse unterstützt ab sofort die Vinzenzgemeinschaften in Tirol. Mit 15.000 Euro pro Jahr – vorerst begrenzt auf drei Jahre – wird ein eigens eingerichteter Sparkassen-Unterstützungsfonds gespeist, aus dem der Zentralrat der Vinzenzgemeinschaften Spendengelder als unbürokratische Soforthilfe für Menschen in Not vergibt.

Die Mittel werden einerseits direkt für kurzfristige finanzielle Unterstützungen und Überbrückungshilfen eingesetzt, andererseits werden spezielle Projekte wie etwa die Kleinschuldnerberatung mitfinanziert.

Auszeichnung für betriebliche Gesundheitsförderung



Susanne Haubenwallner, Johann Mehrl, Maria Wonisch (alle Steiermärkische Sparkasse) und Gesundheitsminister Alois Stöger.

Gesundheitsminister Alois Stöger übergab in Graz die Gütesiegel an 14 steirische Unternehmen, darunter die Steiermärkische Sparkasse. Das Österreichische Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung ist offizieller Partner des europäischen Netzwerks für Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz und vergibt seit 2005 das „Gütesiegel Betriebliche Gesundheitsförderung“. Die Vergabe erfolgt an qualitätsgeprüfte Unternehmen, die den Mitarbeitern Gesundheitsförderung anbieten und alle dafür notwendigen Kriterien erfüllt haben.

Jugendliche schnuppern Sparkassenluft



Die Teilnehmer des Lehrlingsschnuppertages 2011 mit Lehrlingsausbilderin Christine Wohlmuth.

Etwa 80 Pflichtschulabgänger bewarben sich heuer bis Ende Jänner für eine Lehre als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann in der Dornbirner Sparkasse. 17 davon durften am bereits traditionellen Lehrlings-Schnuppertag teilnehmen. Die Jugendlichen erfahren, wie eine Bank funktioniert, welche Berufe dort ausgeübt werden und natürlich, wie die Lehre genau abläuft.

Sieger beim Weltspartag-Gewinnspiel



Beim Weltspartag 2010 gab es neun dreitägige Familienurlaube mit Halbpension in Kärnten inklusive der Kärnten-Card zu gewinnen. Eines dieser Preise bekam die Tirolerin Stephanie Eccher (auf dem Foto mit ihren beiden Kindern) von der Kundenbetreuerin Lisa-Maria Kofler von der Sparkasse Schwaz überreicht.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halb-ernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Spareifroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Schnee vom vergangenen ...

Es ist vollbracht: Die Kristallkugeln des Alpinen Weltcups sind verteilt, der überraschende WM-Medaillen-Regen bei den Nordischen ist gebührend gefeiert, die ausgelaugten Sieger und die verletzten Pechvögel begeben sich für einige Wochen in den Urlaub, bevor wieder irgendwo das Konditionsschinden beginnt. Der Schnee schmilzt ...

Österreichs Sportöffentlichkeit verabschiedet sich vom nationale Identitäten stiftenden Wintersport und muss sich nun den Niederungen des sommerlichen Sportgeschehens zuwenden, in denen bei Fußball und Leichtathletik bestenfalls im Mittelfeld etwas zu holen sein wird. Österreicher „am Stockerl“, wie das im ORF-Kommentatorddeutsch so schön heißt, wird es so bald nicht geben. Vielleicht werden wir uns bis zum Auftakt der nächsten alpinen Skisaison in Sölden im Oktober dieses Jahres gedulden müssen. Aber als aufmerksame Zuseher bei Österreichs liebster Sportart haben wir in den vergangenen Monaten wieder viel dazugelernt. Wir wissen, wo durch zu „direktes Anfahren“ der Slalomtore die Hundertstelsekunden „liegen“ bleiben. Endlich ist uns klar, dass alles nichts nützt, wenn man den „Speed“ vom Steilhang nicht in das Flachstück „mitnehmen“ kann.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass man „bei extremer Rückenlage“ im Riesentorlauf bei den „engeren Toren“ nicht „carven“ kann. Überzeugend haben uns die mitkommentierenden emeritierten Skigrößen anhand der Zeitlupe nachgewiesen, dass man auch auf vereisten Hängen „den Ski freigeben“ muss, weil sonst im Ziel die entscheidenden Zehntelsekunden fehlen. In Dutzenden von Direktübertragungen wurde uns einsichtig, dass „beim Übergang in die Kompression“ auf die Belastung des „Innenskis“ eine ungeheure Herausforderung zukommt. Im Detail ist uns bewusst geworden, dass sich der Pranger bei Neuschnee und der Innerhofer bei vereisten Pisten – oder ist es doch umgekehrt? – erst so richtig wohlfühlen. Und Marlies Schild sowie Benjamin Raich bleiben uns auch in der wärmeren Jahreszeit auf den Plakatsujets einer Versicherungsgesellschaft erhalten. Das wird den Entwöhnungseffekt in Grenzen halten.

Also dann: Nichts Wichtiges vergessen! Damit wir in knapp neun Monaten wieder genau wissen, wie man in die Mausefalle hinein- und aus dem Canadian Corner hinauszukommen hat. - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Da muss ich nichts erklären, außer dass der Lugner fürs Schauen mehr bezahlt hat als der Berlusconi fürs Tun.“

WKÖ-Präsident Christoph Leitl zum Opernball

„Es ist auch nicht leicht, qualifizierte Männer zu finden.“

Verkehrsministerin Doris Bures verteidigt die Quotenregelung.

„Wir haben jetzt zehn Prozent weniger Bayern, die zu uns auf Urlaub kommen.“

Der Vorsitzende des Kärntner U-Ausschusses Rolf Holub ortet neue Konsequenzen des Hypo-Debakels.

„Ich möchte im Fall des Falles nicht von einer Quotenfrau in der Gehirnschirurgie operiert werden.“

Andritz-Chef Wolfgang Leitners Meinung zur Quotenregelung
Quelle: Format (alle obigen)

Trotz Ihrer umstrittenen Wahl zum kaufmännischen Direktor findet sich in dieser Schlangengrube irgendwie niemand, der schlecht über Sie spricht.“

Aus einem Interview der Fachzeitschrift HORIZONT mit dem kaufmännischen Direktor des ORF Richard Grasl.

„Merkel hat von Bismarck nichts gelernt.“

Titel eines Kommentars im „Handelsblatt“

„Dieser Skandal wird von uns beseitigt“

Österreichs öffentliches Leben soll plagiatfrei werden

Das Abliefern von Plagiaten in wissenschaftlichen Arbeiten hat jüngst einen deutschen Minister den Job gekostet. Die Diskussion ist bald auch auf Österreich übergesprungen. Hierzulande soll es bald noch strenger zugehen: Auch dem hemmungslosen Verwenden von Formulierungen, die nicht vom Autor oder Sprecher selbst stammen, soll es in den Medien, in der Politik und im Alltag jetzt an den Kragen gehen.

Achterbahn sprach darüber mit dem Vorsitzenden der neu geschaffenen Behörde – Austria Plagiat Controll (APC) –, Lektoratsdirektor Prof. Suchbert Gugerl, der jahrelang sehr erfolgreich in der Decodierungsabteilung des Heeresnachrichtendienstes tätig war.

Achterbahn: Warum braucht es für das Aufspüren von Plagiaten und nicht zitierten Formulierungen in Österreich wieder eine Behörde?

Gugerl: Weil es gerade im öffentlichen Leben auf diesem Gebiet einen hohen Grad an Missbrauch und Formulierungen aus dem Graubereich der Plagiatsforschung gibt.

Was werden die Hauptstoßrichtungen Ihrer künftigen Arbeit sein?

Die Arbeit ist voll angefallen: Die APC bereitet im Auftrag des Bundespressedienstes eine Ministerratsvorlage für ein Bundeszitategesetz vor. Darin wird beispielsweise verankert, dass jeder Minister oder Staatssekretär bei einem öffentlichen Auftritt, der etwa mit einer Rede verbunden ist, einleitend gleich den Ghost Writer seiner Stellungnahme zu nennen hat.

Wie hat man sich das vorzustellen?

Nun, der Landwirtschaftsminister eröffnet etwa die Welser Messe und gibt gleich nach der Begrüßungsformel jenen Mitarbeiter aus seinem Kabinett bekannt, der diese Rede geschrieben hat. Wurde der Redetext gar von einer beratenden PR-Agentur erstellt, dann hat er gleichzeitig die Kosten dieses Auftrags bei Redebeginn anzuführen. Das ist eine alte Forderung von „Global Wording Transparency“, einer weltweit agierenden NGO. Diese hat ja in ihrem Jahresbericht 2010 zu Recht darauf verwiesen, dass Österreich derzeit zu den Ländern mit der höchsten intransparenten Geisteschrifters-Quote unter den Industriestaaten zählt. Dieses Material hat uns der Abgeordnete Pilz zur Verfügung gestellt, nachdem er es auf seiner Homepage veröffentlicht hatte. Doch keiner kennt die Textzulieferer beim Namen. Österreich liegt folglich beim Wording-Transparency-Index zwischen Ghana und der Elfenbeinküste auf dem vorletzten Platz. Dieser Skandal wird von uns beseitigt.

Aber es gibt doch Politiker, die in einer vorbereiteten Rede extemporieren oder auf Zwischenrufe aus dem Publikum eingehen.

Weicht der Politiker vom vorbereiteten Manuskript ab, so hat er dies – völlig formlos – anzukündigen. Er zitiert sich gleichsam selbst.



Ab sofort sind die Ghost Writer namentlich zu nennen.

Foto: BKA/HOP-MEDIA

Wird das für die Zuhörer nicht furchtbar mühsam? Was macht ein Politiker in der TV-Presserstunde, wenn er vorbereitete Argumente vorbringt, aber dann auch spontan auf Fragen der Journalisten reagiert?

Dann drückt er unauffällig auf einen Knopf, und im Bild erscheint ein Insert mit dem Wortlaut „Das ist von mir.“ Bei den Privatsendern ist auch die Formulierung „Das ist auf meinem Mist gewachsen“ möglich, da wollen wir in der APC nicht kleinlich sein.

Ist das alles nicht sehr kompliziert?

Das mag sein, aber es schafft Transparenz, das ist bekanntlich heutzutage das Wichtigste. Aber wir haben ja nicht nur die Politiker im Visier. Künftig werden auch Journalisten, die etwa in einem Kommentar oder in einer Glosse eine Formulierung unzitiert aus einer Presseaussendung übernehmen mit der Einleitung eines Plagiatskontrollverfahrens rechnen müssen. Der Leser muss wissen, von wem bestimmte Formulierungen wirklich stammen. Es wird also ein verpflichtendes Zitieren von Presseaussendungen quer durch alle Redaktionsbereiche geben.

Was heißt das in der Praxis?

Das ist doch nicht schwer zu verstehen: Gibt ein Chefredakteur seinem Editorial beispielsweise den Titel „Sein oder Nichtsein“, dann hat am Ende des Beitrags eine Fußnote zu vermerken, dass das von Shakespeare ist.

Aber das weiß doch ohnehin jeder?

Einspruch: Auch die weniger bildungsaffinen Leser sowie jene mit

bildungsfernem Migrationshintergrund haben ein Recht darauf zu wissen, von wem bestimmte Textpassagen stammen. Dasselbe gilt etwa für Latinismen, mit denen besonders viel Schindluder betrieben wird. Steht etwa in einer Qualitätszeitung, an die Adresse der amtierenden Koalition gerichtet, die beliebte Phrase „Quo usque tandem“, dann ist zu vermerken, dass das ein Zitat von Cato ist.

Aber das ist doch von Cicero!

Ach, so? Na, dann sehen Sie, wie wichtig es ist jedesmal zu zitieren! Diese neuen Bestimmungen werden übrigens auch für Hörfunk- und Fernsehkommentatoren gelten. Da hat vor geraumer Zeit bei der Eröffnung von Olympischen Spielen einer gesagt: Zum Kampf der Wagen und Gesänge ...

Naja, das ist aus Schillers Glocke.

Sehen Sie, da haben wir es schon: Es ist zwar von Schiller, aber aus den „Kranichen des Ibykus“ und nicht aus der Glocke. Sagt einer beim Abfahrtslauf, dass bei diesem oder jenem Läufer die Komantschen pfeifen, dann muss er in Zukunft dazusagen, dass dies vom begnadeten Spontanliteraten Armin Assinger stammt. Bezeichnet ein Abgeordneter einen Kollegen aus einer Oppositionspartei beispielsweise als Vollkoffer, dann muss ab sofort dazugesagt werden, dass dieser Terminus Technicus von Bürgermeister Häupl geprägt worden ist. Nur so kommen wir zu einer plagiatfreien Kultur im öffentlichen Leben.

- üh -

Impressum

Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

SPARKASSE
Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Alfred Paleczny, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 20.3.2011 redaktionell abgeschlossen.